

Rainer Land

Nach dem Fordismus - Überlegungen zum "Ende der Arbeitsgesellschaft"

Gibt es einen gemeinsamen Ausweg aus den verschiedenartigen Krisenlagen der westlichen und der postsozialistischen Wirtschaftsweisen?

Erschienen in: Dietmar Dathe (Hrsg.): Wege aus der Krise der Arbeitsgesellschaft. Berliner Debatte / GSFP, Berlin 1994

Ich möchte die Debatte um das Ende der Arbeitsgesellschaft auf zwei Themenkreise beziehen. Erstens auf die Schumpetersche Theorie wirtschaftlicher Entwicklung.¹ Sie begreift den Kapitalismus als eine Wirtschaftsweise, die Entwicklung über die Emission und Demission von Geld reguliert und in langwelligen Zyklen verläuft. Perioden extensiver Wirtschaftsentwicklung mit hohen Wachstumsraten, niedrigen Zinsen und vergleichsweise niedrigen, aber steigenden Löhnen folgt die Erschöpfung der Wachstumspotentiale, es kommt zu Depressionsphasen, in denen um die Überwindung der Wachstumsgrenzen gerungen wird. Hohe Zinsen, deutliches Überwiegen der Rationalisierungsinvestitionen gegenüber der Erweiterung des Produktionsfeldes - die Produktivitätssteigerung ist höher als das Wirtschaftswachstum, die Freisetzung von Arbeit größer als die Bindung, die Arbeitslosigkeit folglich hoch - und hohe, aber stagnierende oder sinkende Löhne sollen diese Phase charakterisieren. Jeder langwellige Zyklus, von Schumpeter bekanntlich nach dem Entdecker der langen Wellen "Kondratjew" genannt, hat ein "eigenes Gesicht": bestimmte Technologien, bestimmte Varianten der Organisation industrieller Unternehmen, bestimmte Institutionen und Rahmensetzungen der Wirtschaftsregulation haben jeweils eine kondratjewtypische Verfassung.² Man kann dieses Herangehen um Überlegungen erweitern, wie sie die französische Regulationsschule in den achtziger Jahren entwickelt hat³, die Akkumulationsmodi und Regulationsmodi unterscheidet und in die Erklärung wirtschaftlicher Entwicklung einführt. Die Überwindung langfristig wirkender

¹ Schumpeter: Konjunkturzyklen. Göttingen 1961

Vgl. auch: Kollmorgen, "Evolutionary Economics". In: Berliner Debatte INITIAL 5/1992 und das Heft Berliner Debatte INITIAL 6/1993

² Diese Zyklen mathematisch zu beschreiben wird immer wieder versucht, u.a. von Schumpeter selbst. Daraus resultiert aber eine erkenntnistheoretisch verkehrte Wahrnehmung: die Zyklen scheinen durch mathematische Zusammenhänge "verursacht". Dies ist Unsinn. Die Zyklen wirtschaftlicher Entwicklung entstehen auch für Schumpeter durch das Verhalten der Wirtschaftssubjekte und vor allem auch durch ihr kreatives Verhalten. Sie erzeugen dabei wirtschaftliche Zustände, Wirtschaftslagen, die sie wahrnehmen und auf die sie in ihrem weiteren Verhalten reagieren. Das konkrete Verhalten erzeugt die wechselnden Wirtschaftslagen. Wenn diese Schwankungen nun mathematisch als Zyklen beschreibbar sein sollten - was auch bestritten werden kann (vgl. Helmut Arndt in Berliner Debatte INITIAL 6/1993) -, ist damit keinesfalls die Existenz einer autonomen mathematischen Gesetzmäßigkeit behauptet.

³ Vergleiche Kurt Hübner: Theorie der Regulation, Berlin 1989
Aglietta, M.: A Theory of Capitalist Regulation. London 1979

Depressionsphasen ist dann wissenschaftlich als Problem des Findens neuer und zusammenpassender Akkumulations- und Regulationsmodi beschreibbar.

Zieht man dieses Theoriefeld heran, so kann man feststellen, daß wir nach dem zweiten Weltkrieg in eine Phase langanhaltenden Wachstums gekommen sind, deren "Erntezeit" die sechziger und siebziger Jahre waren und deren Grenzen sich in den siebziger und achtziger Jahren zeigten. Seither läuft die Auseinandersetzung um eine mögliche Reorganisation des Wirtschaftssystems und seines institutionellen Umfelds um die Frage, ob eine Wirtschaftsverfassung denkbar und konstituierbar ist, die in eine langfristige Wachstumsphase überleitet, und wie ein derartiger Regulationsmodus aussehen könnte. Eine negative Antwort ist ebenfalls denkbar, etwa wenn man formuliert, daß die Wachstumsgrenzen der achtziger Jahre keine temporären, kondratjewspezifischen seien und im Übergang zur nächsten langen Welle überwindbar wären, sondern grundsätzliche. Man kann hier anführen, daß die ökologischen Probleme die Wiederherstellung industriellen Wachstums nicht möglich machen - oder nur um den Preis eines beschleunigten Untergangs. Man kann weiter anführen, daß es schlechterdings keine Antwort auf die Frage gibt, wie die Probleme der dritten Welt auf der Basis der herkömmlichen Wirtschaftsweise - industrielle Produktion mit Lohnarbeit und Kapitalverwertung als Regulationsbasis - lösbar sind. Und man kann anführen, daß der erreichte Stand wissenschaftlich-technischer Entwicklung ein solches Maß an Arbeitsproduktivität erzeugt hat, daß es sowieso unmöglich ist, die dadurch freigesetzten Arbeitskräfte wieder zu binden. "Kapitalverwertung", "Profitregulation" und "Lohnarbeit" hätten sich durch ihre eigene Entwicklung unmöglich gemacht, insofern sie eine Wirtschaftsweise verlangen, die auf der Lohnarbeit beruht, diese aber als Lebensgrundlage für die Mehrheit der Bevölkerung tendenziell "verunmöglicht". Das Ende der Arbeitsgesellschaft könnte so als Ursache dafür erscheinen, daß die Mitte der siebziger Jahre begonnene langwellige Depression nicht und nie wieder in eine langwellige Aufschwungphase kapitalistischen Wirtschaftens überleitet. Nicht ein bestimmter Zyklus, nicht ein bestimmter Typ kapitalistischer Wirtschaftsregulation und industrieller Produktion, sondern die Zyklen kapitalistischer Regulation überhaupt hätten ihr Ende gefunden. Was danach kommt, wäre offen. Abstieg, Untergang oder eine neue Gesellschaftsordnung mit einer "ganz anderen" Wirtschaftsordnung?

Der von Schumpeter geschaffene Denkraum schließt eine solche Argumentation nicht aus. Da es sich um ein nichtteleologisches Entwicklungskonzept handelt, entstehen die Bedingungen für einen neuen Zyklus wirtschaftlicher Entwicklung nicht durch einen Automatismus oder "Aufschwungs-Mathematismus", sondern durch menschliche Kreativität in einer Phase sozialer Auseinandersetzungen um den Umbau der Wirtschaft und des Institutionengefüges. Ein neuer Zyklus beginnt nur, wenn es in der Depressionsphase gelingt, solche Innovationen - technische, organisatori-

sche, institutionelle - zu etablieren, die die erreichten Grenzen sprengen. Dies schließt immer die Möglichkeit des Scheiterns ein - wie jede nichtteleologische Entwicklungskonzeption annehmen muß. Schließlich hat Schumpeter selbst die von ihm beschriebenen Zyklen für ein kapitalismusspezifisches Phänomen gehalten und den Kapitalismus für eine "an ihren Leistungen" zugrunde gehende Produktionsweise.⁴ Die Idee eines "letzten Zyklus" widerspricht an sich nicht Schumpeterschen Entwicklungsmodellen. Ebenso wenig aber ist sie evolutionstheoretisch begründbar.⁵

Nun zum zweiten Themenkreis, auf den ich die Problematik der Arbeitsgesellschaft beziehen will: die Konzeption des "*Fordismus*"⁶ als Typ kapitalistischer Entwicklung bzw. wirtschaftlicher Regulation nach dem zweiten Weltkrieg. Fords Konzept - zunächst ausschließlich betriebswirtschaftlich gedacht - bestand bekanntlich darin, durch Rationalisierung der lebendigen Arbeit - Arbeitsteilung, Fließbänder, wissenschaftliche Arbeitsorganisation nach Taylor - die Produkte so zu verbilligen und die Löhne so zu erhöhen, daß die Arbeiter als Käufer der von Ford hergestellten Autos auftreten können. Damit war die Idee einer Regulationsweise geschaffen, in der das Produktionswachstum an das Konsumtionswachstum der Lohnarbeiter rückgekoppelt wird. Historischen Sinn bekam diese Idee aber mit ihrer Übertragung auf die Volkswirtschaften der entwickelten Industrieländer - vermutlich mit entsprechenden Folgen für weltwirtschaftliche Regulation -, also mit ihrer Etablierung als Regulationsweise des kapitalistischen Entwicklungszyklus, der in den 50er Jahren begann. Natürlich war die Etablierung des Fordismus als volkswirtschaftlicher Entwicklungsmodus kein voll bewußter und in einem Schritt vollzogener Akt, sondern eine Reihe von Innovationsschritten, Selektionen und Rekombinationen. Ausgangspunkt dürfte der New Deal der USA gewesen sein, wesentliche Komponenten waren wohl die Etablierung eines Aushandlungsmechanismus für ein am Produktivitätswachstum orientiertes Lohnwachstum, eine keynesianische Wirtschaftspolitik und eine sozialstaatliche Ausgabenpolitik, wohl auch eine entsprechende Verfassung der internationalen Währungsmärkte u.ä. Man kann wohl nicht sagen, daß wir genau wissen, welche Komponenten für Start und Funktionieren dieses Regulationssystems essentiell gewesen sind und welche nicht. Offensichtlich ist aber, daß es mit der Etablierung einer fordistischen Rückkopplung - Rationalisierung der lebendigen Arbeit, am Produktivitätszuwachs orientiertes Lohnwachstum, Konsumgesellschaft und ergänzend wachsende konsumtive Staatsausgaben - gelang, die der Depression der

⁴ Schumpeter: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie,

⁵ Die Annahme, ein gegebener Zustand enthält eindeutig nur einen möglichen und bestimmten Folgezustand, kann immer nur gelten, wenn Reproduktion thematisiert wird, nicht aber, wenn es um Entwicklung, also die Möglichkeit der Entstehung von Neuem geht. Ist der künftige Zustand offen, wird er also nicht nur durch die gegebenen Bedingungen, sondern auch durch Innovationen, per Definition also durch Neues, erzeugt, so ist auch offen, ob die "Katastrophe" eintritt oder die Rekonstitution von geänderten Reproduktionskreisläufen Reproduktion möglich wird.

⁶ Zur Diskussion um Fordismus und Postfordismus vgl.: Hirsch; Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus. Hamburg 1986

dreißiger und vierziger Jahre zugrunde liegenden Grenzen zu überwinden. Man kann die Spezifik dieser fordistischen Entwicklungsphase deutlich machen, wenn man die Unterschiede zu den vorangegangenen Zyklen beschreibt. Im zweiten Kondratjew wurde Wachstum durch ursprüngliche Industrialisierung erzeugt, hier entstand überhaupt erst die Lohnarbeiterschaft. Wirtschaftliche Entwicklung bedeutete Entstehen von Industriebetrieben und Wachstum der Anzahl der als Lohnarbeiter tätigen Bevölkerungsteile. Im dritten Kondratjew finden wir einen Wachstumstyp, bei dem Produktivitätssteigerung durch systematische technische Innovationen erreicht wird, aber die Reinvestition dadurch erzeugter Gewinne nicht durch Expansion des Massenkonsums, sondern durch Akkumulation und Expansion des fixen Kapitals ermöglicht wird. (Die Kolonialisierung und der Kapitalexport dürften ebenfalls ein Anlagefeld gewesen sein, wenn vielleicht auch nicht in dem Maße, wie in den "Imperialismusdebatten" unterstellt wurde). Wirtschaftliche Entwicklung erfolgte als Ausdehnung der Maschinerie und der industriellen Anlagen bei langfristig gleichbleibender oder einer im Verhältnis zum Produktivitätswachstum sehr viel langsameren Steigerung der Konsumtion des Lohnarbeiters. "Akkumulation bei steigender organischer Zusammensetzung des Kapitals" und "Produktion des relativen Mehrwerts" - Produktivitätssteigerung ohne gleichgewichtige Realeinkommenssteigerung - erschienen in dieser Zeit als Merkmale kapitalistischer Wirtschaftsentwicklung und wurden von Marx als Regulationsmodi des Kapitalismus überhaupt beschrieben. Eine der politökonomischen Debatten am Anfang dieses Jahrhunderts - ich erinnere an Rosa Luxemburg, Bucharin, Lenin, Kautsky, Hilferding, Tugan-Baranowski u.a. - prägte der Streit um die Frage, ob dieser Akkumulationstyp ohne Kapitalexport funktionieren kann, wie lange Wirtschaftswachstum dominant als Wachstum des fixen Kapitals (bei steigender "organischer Zusammensetzung") möglich ist und was bei Annäherung an die Grenzen dieses Akkumulationstyps geschieht: Zusammenbruch des Kapitalismus, Revolution, Übergang in ein neues Stadium ...

Die Etablierung der fordistischen Regulationsweise war die geschichtliche Antwort, neben der Oktoberrevolution. Letztere führte in eine Sackgasse - aus heutiger Perspektive gesehen. Die Perspektiven für die Transformation des fordistischen Kapitalismus in einen neuen, auf Zeit wieder entwicklungsfähigen Typ kapitalistischer Produktion und Regulation müssen erst noch erstritten werden.

Grenzen des Fordismus-Zyklus

Ich komme damit zu den Grenzen der fordistischen Regulationsweise, wie sie sich in den siebziger Jahren zeigen. Was ist die *Funktionsbedingung* dieser Regulation? Die Möglichkeit, das Wachstum der Produktion in Form von *Konsumexpansion* verbrauchen zu können. *Produktionswachstum ist Konsumtionswachstum*, und zwar in Form individuellen Verbrauchs an Massenkonsumtionsgütern. Dies ist die basale Rück-

kopplung, der Kreislauf, an dem primäre und sekundäre Regulationsinstanzen ansetzen. Und die Möglichkeit, zu investieren mit der Erwartung, das durch Investitionen erreichte Produktionswachstum ebenfalls wieder in Form von Konsumexpansion verbrauchen zu können. Oder zu investieren, um durch Produktivitätssteigerung Marktanteile zu sichern oder zu erweitern. Im Unterschied zu dem vorhergehenden Zyklus wird nicht investiert, um mehr Produktionsmittel herstellen zu können; der Produktionsmittelmarkt ist kein unabhängig vom Verbrauch der Bevölkerung wachsender Selbstläufer mehr, wie er es war, als das Wachstum der Wirtschaft vorrangig in der - mit Marxschem Terminus gesagt - Abteilung I stattfand. Regulationsbedingung einer fordistischen Regulation sind expandierende Märkte durch Wachstum von Konsumnachfrage, und nur in Abhängigkeit davon wachsen Märkte der Produktionsgüter. Damit die Regulation funktioniert, muß die Expansion von Produktion und Konsumtion in einem gleichgewichtigen Verhältnis zur *Produktivitätssteigerung* stehen. Nur solange könnte freigesetzte Arbeit und frei werdendes Kapital wieder gebunden werden. Dieses Produktivitätswachstum wird unter den Bedingungen konkurrierender Kapitale immer recht hoch sein, wenn auch nicht gleichbleibend. Solange der Raum für die Expansion der Märkte noch groß und die Anlagemöglichkeiten unbegrenzt erscheinen, bleibt der Produktivitätsfortschritt mäßig, und das wirtschaftliche Wachstum kann Schritt halten. Diese Lage charakterisierte die fünfziger und sechziger Jahre. Jedes Wachstum muß aber schließlich Ressourcen erschöpfen und auf Grenzen stoßen, die nur langfristig durch Veränderung der Entwicklungsrichtungen und Gewinnung neuer Wachstumsressourcen überwindbar sind. Als Schranken für die Markterweiterung und somit Hindernisse für Kapitalanlagen erkennbar wurden, verstärkte sich die Konkurrenz und folglich der Druck auf die Rationalisierung. Das Tempo des technischen Fortschritts beschleunigte sich gerade in dem Moment, in dem die Expansion der Märkte ins Stocken gerät und das temporäre Gleichgewicht von Wirtschaftswachstum (Kapitalanlagen, Arbeitsplätzen) einerseits und technischem Fortschritt (Rationalisierung, Steigerung der Produktivität, Freisetzung von Kapital und Freisetzung von Arbeit) andererseits aufgehoben war. Das Tempo des technischen Fortschritts überwog das Wachstum, es wird mehr Arbeit und mehr Kapital freigesetzt als gebunden: Arbeitslose einerseits, freies Kapital ohne rentable produktive Anlagemöglichkeiten andererseits, das vagabundierend eine eigene Zirkulationssphäre "spekulativer Geldanlagen" aufbläht. Die einfache und naheliegende Idee, dieses Kapital abzuschöpfen und "zwangsweise" zu investieren - also eine Vermögensteuer beispielsweise zur Finanzierung eines Ökoprogramms zu installieren -, ist solange illusionär, wie die spezifischen, in Arbeitslosigkeit und Aufblähung von Geldvermögen erscheinenden *Wachstumsgrenzen* nicht angegangen werden. Ein nur durch staatliche Umverteilung induziertes sekundäres Wachstum ohne gleichzeitige Öffnung qualitativ neuer Entwicklungsrichtungen kann zwar tem-

porär Abhilfe schaffen, verschiebt aber zugleich die Krisenphänomene - etwa weniger Arbeitslosigkeit, dafür mehr Inflation. Dies bedeutet natürlich nicht, daß staatliche Programme in jedem Fall verfehlt wären. Nur ist damit die Überwindung der langweiligen Depression nicht möglich. Solche Eingriffe wirken dann langfristig, wenn sie den Übergang in einen neuen Regulationsmodus mit anderen Entwicklungspfaden einleiten oder fördern, mit denen sich ein neues temporäres Gleichgewicht zwischen technischem Fortschritt, Produktivitätssteigerung und wirtschaftlichem Wachstum einstellen kann.

Klären wir zunächst, an welche Grenzen die Phase gleichgewichtigen und in diesem Zyklus konsumtionsinduzierten Wirtschaftswachstums in den siebziger Jahren gestoßen ist. Zunächst lassen sich zwei externe Grenzen bestimmen. Einmal sind es ökologische Grenzen. Die allgemeine Erwartung heute ist eindeutig, daß eine schrankenlose Erweiterung der Produktion bald zu renditebegrenzenden Problemen führt: Ressourcenbegrenzungen, wie beim "Ölschock", ökologische Folgen, die mit Rechtswirksamkeit des Verursacherprinzips nicht mehr auf die Allgemeinheit abgewälzt werden können, Technik- und Wissenschaftskritik, Zurückgehen der Akzeptanz von Wirtschafts- und Konsumwachstum in der Bevölkerung.

Zweitens zeigte das Scheitern der Industrialisierungsversuche in Ländern der dritten Welt, daß in dieser Sphäre kein schrankenloses Feld für Kapitalakkumulation erwartet werden kann, sondern man eher nur punktuelle Anlagemöglichkeiten finden wird. Die ganze Frage nach den wirtschaftlichen Existenzmöglichkeiten der dritten Welt ist ungelöst und unsicher. Entwicklungspfade zeichnen sich in diesem Bereich nicht ab, eine zu den westlichen Wirtschaftstypen analoge Konsumgesellschaft ist angesichts der dortigen Problemlagen schlechtweg undenkbar.

Die dritte und immanente Grenze konsuminduzierten Wachstums aber ist die Sättigung der Konsumtionssphäre selbst. Konnte zunächst noch in "Nobelprodukte" wie die "Super-S-Klasse" und "Erlebnisurlaub in Thailand" expandiert werden, so ist doch zunehmend erkennbar, daß eine Rückkopplung zwischen Arbeit und Konsumwachstum im primären wirtschaftlichen Kreislauf immer sinnloser wird. Erstens ist für vollbeschäftigte und gut bezahlte Leistungsträger heute oft weniger Streß bei weniger Einkommen sinnvoller als weiteres Konsumwachstum. "Zeit haben, nicht Zeit sparen" lautet eine Devise, die dies ausdrückt. Zweitens ist das Konsum- und Einkommensniveau für die nicht im primären Wirtschaftskreislauf Beschäftigten oder Lebenden - also Staatsangestellte, Bezieher von Sozialeinkommen usw. - mit einer gewaltigen Umverteilung von Einkommen verbunden. Eine sekundäre Verteilung von Einkommen, die nicht über Märkte vorgenommen wird, ist aber extrem verzerrend, wenn sie 30, 40 oder gar 50 und mehr Prozent der Gesamteinkommen ausmacht.⁷ Die interne Dysfunktionalität der Wirtschaftsregulation nimmt zu. Zugleich nimmt die

⁷ Vgl. Miegel im Streitgespräch mit Hickel. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 12'93, S.1448

soziale Integration der Bevölkerung ab, weil die Einkommens- und Vermögensdifferenzen immer größer werden und immer weniger mit Leistungsdifferenzen gerechtfertigt werden können. Vor allem sind die Chancen, durch eigene Arbeit Anschluß an die oberen Einkommen zu bekommen, gering, viel geringer als in den 50er und 60er Jahren. Man kann heute nicht mehr die Erwartung haben, daß Investitionen in Richtung weiteren Konsumwachstums sichere Anlagen darstellen. Zudem ist die Konsumgesellschaft in eine Sinnkrise geraten, die momentan allerdings durch die aufbrechenden Besitzstandskämpfe der 90er Jahre überdeckt wird.

Ich plädiere also für eine Sicht, die das "Ende der Arbeitsgesellschaft" nicht technologisch deutet, sondern in den Kontext eines historisch bestimmten Wachstumstyp der kapitalistischen Wirtschaft stellt und sozial beschreibt. Es sind also bestimmte sozialökonomische Strukturen, deren Entwicklungsmöglichkeiten sich erschöpft haben.

Vor diesem Kontext kann man auch das Argument neu diskutieren, das zunächst ganz naiv, aber doch auch sehr überzeugend sagt: "*Es gibt sehr viel zu tun.*" Umbau der Industrie und der Landwirtschaft in eine ökologisch verträgliche. Reparatur gewaltiger ökologischer Schäden. Soziale Dienstleistungen. Unterstützung der dritten Welt. Osteuropa. Es kann doch nicht sein, daß dies alles ungetan bleibt, aber Scharen von Menschen arbeitslos sind.

Der Ausgangspunkt dieser Argumentation ist eine sehr allgemeine Vorstellung, ein an menschliches Leben schlechthin angelehntes Verständnis wirtschaftlicher Rationalität, das von deren struktureller Bestimmtheit durch moderne Wirtschaftssysteme und deren aktueller Verfassung ganz absieht. Die Investitions- und Arbeitsmöglichkeiten hängen tatsächlich doch davon ab, welche Tätigkeiten und Anlagemöglichkeiten nach den Kriterien des *jeweils bestimmten* Regulationssystems als rational erscheinen. Und das fordistische Regulationssystem hat keine Möglichkeit, die genannten wünschenswerten Tätigkeiten als Felder möglicher Kapitalinvestition und als produktive, also kapitalverwertende Arbeit erscheinen zu lassen. Aus der Sicht der heute installierten Kreisläufe, Rückkopplungen und Regulationsinstanzen handelt es sich bei diesen potentiellen Wachstumsfeldern um nichtproduktive, also durch Umverteilung zu vermittelnde Bereiche. Wenn man nicht den Anteil an Steuern oder Staatsverschuldung erhöhen will, also die interne Verfassung der Regulation nicht weiter destabilisieren will, muß man die im geltenden Regulationsmodus als nichtproduktiv erscheinende Sphäre begrenzen. Eine Erweiterung der Investitionen in diese Bereiche kann in dem fordistischen Regulationssystem eigentlich immer nur erfolgen, wenn zugleich und ungefähr in gleichem Maße der "eigentliche Zweck" dieses Regulationssystems erfüllt wird, also Konsum expandiert und Arbeit für Konsum zunimmt. Nur wenn mehr konsumiert wird kann auch mehr für die Beseitigung der

durch die Massenkonsumtion und die Produktion für die Massenkonsumtion verursachten Schäden getan werden. Hier liegt das Paradoxon, das der Krise dieses Regulationstyps zugrunde liegt.

Man kann nun meinen, daß es keine Lösung dafür gibt, außer dem Ausstieg aus wirtschaftlichem Wachstum und aus den selbst-evolvierenden Wirtschaftssystemen moderner Gesellschaft schlechthin. Und man kann meinen, daß es in dieser Konstellation keine andere Lösung gibt, als eine immer kleiner werdende Menge an Arbeit gerechter zu verteilen und den Übergang zu einer Freizeit-Gesellschaft zu deklarieren. Dies kann man nicht widerlegen, solange der Nachweis aussteht, daß ein anderer, neuer Wachstumstyp denkbar ist und praktisch herstellbar wäre.

Meine Gegenthese wäre, daß man den Versuch machen sollte, einen neuen Entwicklungsmodus des Kapitalismus zu denken, ein anderes Regulationssystem, das die Grenzen des Fordismus aufhebt, ökologisches Wachstum erzeugt und mit dem Kapitalakkumulation und Bindung von Arbeitskräften wieder möglich werden, und zwar für eine längere Periode, die die Lebenshorizonte der heutigen Generationen übersteigt.

Eine solche Denkmöglichkeit bestreitet, wer davon ausgeht, daß die Rationalität des kapitalistischen Wirtschaftssystems schon durch die abstrakte Form $G-W-G'$, den Profit, die Kapitalverwertung bestimmt ist und keine historisch konkreten und wechselnden Inhalte hat, die von den jeweils spezifisch verfaßten Institutionen der Regulationssysteme abhängen. Wer so herangeht, der sagt, daß Wachstum, das mehr Wachstum erzeugt, egal in welche Richtung und egal welchen Inhalts, von Übel ist.⁸ Dies würde ich bestreiten. Profitabilität ist eine Form, deren Modernität gerade in ihrer Universalität besteht und die mit sehr unterschiedlichen und eben auch gestaltbaren Inhalten ausgefüllt werden kann. Es geht insofern um einen anderen Kapitalismus, nicht um einen Antikapitalismus. Aber nicht darum, einen anderen Kapitalismus aus "Wünschbarkeiten" zu modeln, sondern dessen mögliche Selbstentwicklung zu begreifen. Wachstum, Mehrwertproduktion, Kapitalverwertung sind nicht an sich des Teufels, sie sind zunächst sehr inhaltslose Formen, in denen eine entwicklungs-fähige Wirtschaft so reguliert wird, daß verbrauchte Ressourcen ersetzt werden, und zwar mit dem notwendigen Zuwachs, der als Profit erscheint. Die Entwicklungsrichtungen und die Inhalte dieses Wachstums aber sind durch Wirtschaftsverfassungen, Partizipation und Politik gestaltbar. Dazu muß man allerdings unterstellen, daß diese Funktion der Kapitalformen auch unabhängig von den bornierten Klassengegensätzen und -inhalten besteht, mit denen sie ursprünglich entstanden sind. Mit ihnen wurde die Produktion des Reichtums als *Selbstentwicklung*, in die Form eines Selbstzwecks gesetzt, und dies bedeutet nichts anderes als die Universalisierung der Entwicklung der produktiven Kräfte der Gesellschaft als Basis der Möglichkeit uni-

⁸ Vgl. beispielsweise die Veröffentlichungen von Robert Kurz

verseller Entwicklung der Individuen - um mal einen Marxschen Satz zu paraphrasieren (Grundrisse 439 f.).

Nach dem Fordismus

Voraussetzung eines neuen Zyklus kapitalistischer Entwicklung wäre eine neue Verfassung der die Märkte und die Kapitalverwertung regulierenden Institutionen, die eine Rückkopplung zwischen Kapitalverwertung einerseits und ökologischem Umbau der Industrie, der Landwirtschaft und der Lebensweisen andererseits erzeugt und daher modifizierte Rentabilitätskriterien in verdinglichter Form installiert. Kapitalverwertung wie Arbeit würden dann einen historisch anderen, neuen Inhalt bekommen, eben Ökologie statt Konsumwachstum. Letzteres wäre nur noch (oder wieder) "Mittel zum Zweck" (wie in vorangegangenen Typen kapitalistischer Regulation). Spätestens hier wird klar, daß dies nur im Kontext von veränderten Sinnbestimmungen außerhalb der Wirtschaft denkbar ist. Die Krise des fordistischen Wirtschaftssystems ist auch eine Krise der mit ihm verbundenen Lebensweisen und Kulturen. Ich brauche wohl nicht zu unterstreichen, daß dieser andere Lebenssinn, diese andere Richtung wirtschaftlichen Wachstums, dieser neue Inhalt von Kapitalverwertung und Arbeit nicht aus einer anderen subjektiven Entscheidung folgen, sondern aus einer Neuverfassung der Institutionen, die Wirtschaftskreisläufe regulieren, d.h. wirtschaftliche Prozesse mit Geldgrößen messen und Zirkulations- und Produktionsprozesse mittels Geldbewegungen steuern.

Beim Nachdenken über denkbare Strukturen eines neuen Regulationstyps komme ich immer wieder auf die Frage, ob ein Kreislauf des ökologischen Kapitals vorstellbar ist, also ein sich reproduzierender und regulierender Kreislauf ökologischer Ressourcen, neben den bereits existierenden Kreisläufen des Arbeitsvermögens, des produktiven Kapitals, des Handelskapitals, des Geldkapitals und des Grundeigentums. Die Organisation der ökologischen Reproduktion als Verwertungszusammenhang hätte eben den Vorteil, daß sie die Erhaltung und Erweiterung ökologischer Ressourcen zum *immanenten* Verwertungskriterium macht, also eine primäre Regulation ökologischer Komponenten in Preisbildungen und marktgebundenen Geldbewegungen nach sich zieht. Die Reproduktion ökologischer Ressourcen erschiene als wirtschaftlich rational und profitabel, ihre Zerstörung als unwirtschaftlich und Verlust bringend. Die wirtschaftliche Gestaltung ökologischer Kreisläufe - etwa geschlossener Materialkreisläufe oder neuartiger Energieflüsse - wäre *primäres* wirtschaftliches Wachstum und nicht länger durch Umverteilung induzierter Verbrauch. Nur so könnte der ökologische Umbau der Produktions- und Lebensweisen als eine der Wirtschaft selbst immanente Tendenz erscheinen und nicht als nur politisches Programm, das der Wirtschaft von außen aufgezwungen werden muß, gegen das sie ständig ihre

eigene Logik wenden muß und das daher immer nur begrenzt funktionsfähig wäre. Ökologisches Wachstum als Wirtschaftswachstum wäre die Formel, die wieder Arbeitsplätze schaffen könnte.

Ich betone an dieser Stelle sicherheitshalber, daß ich mit der Idee eines geldgesteuerten Kreislaufs ökologischer Ressourcen oder eines Kreislaufs des Ökokapitals keinen "Trick" meine, mit dem das an sich böse Kapital mittels Taschenspielerereien zum Guten bewegt wird, sondern die Frage stelle, ob ein solcher Vorgang als Schritt in der Evolution von Kapitalformen denkbar ist. Auch Arbeitsmärkte, Geldmärkte, Aktienmärkte usw. sowie die dazu gehörenden Kreisläufe sind irgendwann einmal entstanden, um ein gesellschaftliches Reproduktionsproblem in der Sprache der Wirtschaft - sprich in der Sprache des Geldes - reformulieren und so eine Form für seine Regulation finden zu können. Diese Überlegung macht natürlich nur dann Sinn, wenn man Kapitalformen wertneutral als Formen eines Kommunikationsmediums betrachtet, das *gesellschaftliche* Produktion regulieren kann und somit überhaupt erst ermöglicht.

Es wäre nun fatal, zu meinen, man könne ein solches Regulationsregime per politischer Entscheidung einführen. Auch können wir vorab nicht beschreiben, wie ein solcher neuer Regulationsmodus funktionieren soll und wie die ihn konstituierenden Institutionen auszusehen hätten. Ich plädiere nur für Phantasie und Gedankenexperimente, um sich Modelle auszudenken. Nur dann nämlich haben wir als Wissenschaftler die Chance, die sich permanent ereignenden Innovationen - Organisationsveränderungen, Institutionenwandel, neue Lebens- und Konsumideen, auch Technik und Technologie - dahingehend zu beurteilen, ob sie Ansatzpunkte für eine Neuverfassung des Wirtschaftssystems enthalten. Nur mit dieser Phantasie können wir entdecken, welche Reorganisationsprozesse sich vollziehen, und vielleicht erkennen, ob sie auf Weiteres verweisen und wohin sie zeigen. Und nur so können wir unter Umständen gestaltend mitwirken. Damit meine ich nicht, daß ein wirtschaftliches Regulationssystem, wie der Fordismus eines war, von Sozial- oder Wirtschaftswissenschaftlern am Schreibtisch konstruiert und dann in die Gesellschaft eingeführt werden könnte. Wenn es entsteht, dann durch eine selektive Rekombination von einigen wenigen Neuerungen aus dem gewaltigen Meer von organisatorischen, strukturellen, technischen und anderen Inventionen, die tagtäglich versucht werden und die größtenteils scheiternd wieder verschwinden. Phantasie bei der geistigen Konstruktion möglicher oder denkbarer Regulationssysteme der Wirtschaft dient also nicht der "planmäßigen Lösung" der Arbeitslosigkeit, sondern neben dem geistigen Genuß der Schulung des Beobachtungsvermögens.

Ich will nun einige Themen der wissenschaftlichen Debatte wie des öffentlichen Diskurses anreißen, von denen ich glaube, daß sie möglicherweise Elemente sein könnten, die in Rekombination miteinander auf einen denkbaren neuen Regulations-typ verweisen. Natürlich müssen wir weitere und unbekannte Glieder vermuten.

Arbeit, Arbeitszeit, Lebenssinn

Ich brauche nicht zu wiederholen, daß ich die Vorstellung von einer dauerhaften und weitgehenden Reduktion des gesellschaftlich benötigten Arbeitsvermögens so nicht teile, also den Übergang in eine Freizeitgesellschaft für Unsinn halte. Trotzdem macht es Sinn, in gewisser Weise vom Ende der Arbeitsgesellschaft zu reden und damit die Vorstellung zu verbinden, daß eine historische Phase beendet wird, in der alle Lebenszeit der Individuen einerseits in gesellschaftliche Arbeit, Lohnarbeit, verwandelt und individuelle Lebenszeit andererseits zu konsumtiver Reproduktion der Arbeitskraft entleert wurden. Ich verweise hier auf die diesbezüglichen Arbeiten von André Gorz.⁹ Die derzeitige Arbeitslosigkeit und die Debatte um eine radikale Arbeitszeitverkürzung bergen die Chance, im Zusammenhang mit einer Neudefinition von Lebenssinn (siehe unten) Arbeits- und Lebenszeiten neu zu verteilen und Arbeits- und Lebensinhalte neu zu bestimmen. Die Bedeutung sehe ich nicht allein darin, das "knappe Gut Arbeitsplätze" gerechter zu verteilen - obwohl dies die aktuelle Bedeutung dieser Debatte ausmacht. Der weitergehende Sinn der Diskussion um die Flexibilisierung der Arbeitszeit und eine Neuverteilung von Wochen-, Jahres- und Lebensarbeit besteht darin, den Raum für eine eigensinnige Entwicklung der Lebensweisen der Individuen zu erweitern, Individualität zu ermöglichen. "Zeit haben, nicht Zeit sparen, (wäre) die Devise",¹⁰ mit der subjektiv ein Weg aus einer durch das Paradigma stetig steigender Massenkonsumtion bestimmten Wirtschafts- und Lebensweise geöffnet werden könnte. Nur dann sind neue Konsumtionsweisen denkbar, die Lebenssinn auch ohne permanent wachsenden Verbrauch erreichen. Dies aber wäre eine Voraussetzung für den Ausstieg aus dem Fordismus. Ich bin nicht sicher, ob ich an dieser Stelle noch sagen muß, daß dies ein im Lothar Kühneschen Sinne *be-hutsamer* Verbrauch von Lebensbedingungen wäre, der nicht Armut oder Konsumverzicht bedeutet, sondern eine nachfordistische Vorstellung individuellen Reichtums impliziert, die der Ökonomie im Umgang mit unseren Lebensmitteln wieder Geltung verschafft.¹¹

Ich denke, daß die Verkürzung und Flexibilisierung der Arbeitszeit, die weitergehen wird, mehrere mögliche Entwicklungspfade öffnet. Erstens kann sie Versuch einer

⁹ André Gorz: Kritik der ökonomischen Vernunft. Berlin 1989

Ders.: Und jetzt wohin? Berlin 1991

Vgl. auch Artikel in Berliner Debatte INITIAL 3/1992 und 1/1993

¹⁰ Vgl. Fritz Kuhn, Ökologische Marktwirtschaft und Rekonstruktion des Sozialen. In: Blätter ... (a.a.O.), 2'94, S. 179

¹¹ Hirdina: Das Motiv Behutsamkeit. In: In memoriam Lothar Kühne, Berlin 1993, S. 54

Stabilisierung des Fordismus sein, etwa durch eine stärkere Ausprägung der Differenzen zwischen reichen Arbeitsplatzinhabern und arbeitslosen Sozialhilfeempfängern. Freizeitgesellschaft bedeutet für diese Klassen dann aber etwas sehr Verschiedenes. Denkbar ist auch, daß Arbeitszeitverkürzung ein Moment des Einstiegs in eine solidarischere Form der Verteilung knapper Ressourcen sein kann, Teil einer Strategie der Selbstbeschränkung. Beides führt so noch nicht zu einem neuen Regulationsmodus, sondern versucht, den bestehenden zu stabilisieren. Allerdings entsteht Neues wohl meist aus dem Versuch, dysfunktional Gewordenes wieder zum Funktionieren zu bringen.

Einkommen

Ein Regulationsmodus nach dem Fordismus muß wirtschaftliches Wachstum anders als durch die Rückkopplung mit wachsendem individuellen Konsum erreichen, weil gerade hier die Grenzen des Fordismus liegen. Nun sind gewichtige Rückkopplungen unserer Ökonomien gerade an das Verteilungsproblem und die Einkommen geknüpft. Ein Ausstieg aus der gegenwärtigen Einkommensstruktur und vor allem aus der Dynamik steigender Einkommen stößt an so ziemlich alle Besitzstände und Erwartungen der vom Fordismus geprägten Bevölkerungsteile. Und sicher ist das Argument richtig, daß eine Preisgabe der Einkommenspolitik durch die Gewerkschaften unter den gegebenen Konstellationen nichts weiter bedeuten würde, als die Tendenz zur Umverteilung nach oben weiter zu verstärken. Trotzdem scheint mir der Ausstieg aus einer fordistisch geprägten Einkommenspolitik unabdingbar. Wenn wir einen anderen Typ von Wirtschaftswachstum, nämlich ökologisches Wachstum, wollen, dann kann nicht gleichzeitig Wachstum der individuellen Konsumtion gefordert werden. Die für den Fordismus typische Kopplung von Wirtschaftswachstum und Massenkonsum kann man aber nur durchbrechen, wenn der beide verkoppelnde Geldstrom, die Bildung privater Einkommen, auf eine andere Art reguliert wird, eine andere institutionelle Verfassung bekommt. Unbestritten ist, daß dies nicht die unteren Einkommen weiter vermindern darf, aber diese menschenfreundliche Parole geben ja zumeist die Mittelständler heraus, um sich weiterhin satte Löhne und Gehälter im mittleren Einkommensbereich zu sichern, und zwar oft auf Kosten der wirklich Armen. Eine Umorientierung von Konsumtionswachstum auf ökologisches Wachstum kann nur bei stagnierenden privaten Einkommen, und zwar vor allem der Mittel- und Oberklassen, möglich werden. *Objektiv* halte ich dies für möglich, glaube aber angesichts meiner Beobachtungen der westdeutschen Gesellschaft, daß *subjektiv* dafür vorläufig fast keinerlei Akzeptanz besteht.

Eine weitere wichtige Komponente könnte aus der Debatte um das Grundeinkommen hervorgehen. Auch ein Liberaler wie Dahrendorf plädiert seit langem für ein ga-

rantiertes Grundeinkommen.¹² Ich sehe dabei Grundeinkommen nicht als Alternative zu Arbeitseinkommen, sondern als eine davon unabhängige Komponente, die Existenz sicherstellt und Flexibilisierung der Jahres- und Lebensarbeitszeiten ermöglicht. Sie könnte zudem eine diskriminierende Behandlung derjenigen beenden, die kein Arbeitseinkommen erzielen können oder wollen und sich mit einem minimalen Lebensstandard begnügen. Statt der teuren Verwaltung diverser Formen von Sozial-einkommen, die in einigen Fällen auch noch einer Prüfung der Berechtigung bedürfen, und der über die Sozialhaushalte finanzierten Mittelklasse-Renten würde ein existenzsichernder Grundeinkommensbetrag abrufbar sein, den der einzelne aber auch ansparen kann, um ihn in Zeiten ohne Arbeitseinkommen zu nutzen. Alle anderen Formen der Versorgung könnte man dann getrost der Eigeninitiative des einzelnen überlassen.

Partizipation und Demokratisierung wirtschaftlicher Entscheidungen

Natürlich ist der Verzicht auf Einkommenssteigerung allein wirkungslos. Er muß dem ökologischen Umbau der Produktions- und Lebensweisen zugute kommen, also in die Bildung von Ökokapital eingehen. Damit ein Verzicht auf wachsenden Konsum möglich wird, muß er mit einem "Tausch" verbunden werden, dessen andere Seite ein Gewinn an Reichtum bei der Gestaltung individueller Lebenswelten sein könnte. Denkbar ist, eine Restrukturierung der Einkommen mit einer Erweiterung der Partizipation zu verbinden, vor allem mit neuartigen partizipatorischen Lösungen. Ich denke an eine Ablösung der partizipatorischen Regulation der Einkommensverteilung durch eine Partizipation am gesellschaftlichen Prozeß des Entscheidens über die Entwicklungsrichtungen der Wirtschaft - die ja auch Entwicklungsrichtungen der gegenständlichen Lebensbedingungen sind. Demokratisierung wirtschaftlicher Entscheidungen durch Partizipation an den Innovations- und Investitionsentscheidungen bedeutet, über die Entwicklungsrichtungen der Produktion, der Arbeit, der Produkte und der produzierten Lebensbedingungen mitentscheiden zu können und diese mitverantworten zu müssen. Ich halte die Gewinnung gesellschaftlicher Kontrolle über die Entwicklungsinhalte für ein notwendiges Glied eines künftigen Regulationssystems. Sie entspricht einem Wechsel von einer Wirtschafts- und Lebensweise expandierender Produktion und Konsumtion hin zu einer, die den qualitativen Wandel der Produktions-, Arbeits- und Lebensbedingungen partizipatorisch zu gestalten versucht. (Vgl. Rainer Land: Evolution der Moderne und Emanzipation. In Berliner Debatte INITIAL, 6/1993)

¹² Vgl.: Dahrendorf: Der moderne soziale Konflikt, Stuttgart 1992, S. 65f, 81, 266, 292f.
Ders.: Die Chance der Krise, 1983, S. 99

Wenn ich das Partizipationsproblem, die Einkommensproblematik und die Bildung ökologischer Fonds verbinde, entsteht der Gedanke, die bislang in private Einkommenssteigerung fließenden Mittel zur Bildung von Ökofonds zu verwenden, die von Unternehmen und Arbeitern gespeist und partizipatorisch verwaltet werden. Ihre Verwertung könnte Ausgangspunkt für die Entstehung neuer Ökoindustrien sein - und Ausgangspunkt eines wirtschaftlich anders organisierten Wachstums.

Wäre das nicht eine Idee für die Tarifrunden der nächsten 10 Jahre, kombiniert mit Arbeitszeitverkürzung und Flexibilisierung? Und könnte nicht ein Teil dieser Fonds in eine ökologische Umgestaltung der Lebensweisen, also der Städte, des Verkehrs, des Energieverbrauchs, investiert werden, die zugleich Raum für eine selbstgestaltete Bereicherung individueller Lebensweisen bietet?

Aber genug der Spekulation. Zeigen sollte dies nur, daß in den Diskussionen um Arbeit, Arbeitszeit, Einkommen, Partizipation und Lebenssinn durchaus Ansatzpunkte enthalten sind, die aus der Perspektive einer nachfordistischen Regulationsweise sinnvoll sein könnten. Unser Problem ist zu oft, daß wir sie zumeist vor der Folie der gegebenen Produktions- und Lebensweise interpretieren - und dann ideologisch als Stärkung oder als Destabilisierung der eigenen bornierten Interessenlage bejubeln oder verwerfen.

Postsozialistische Gesellschaften - spezifische Problemlagen?

Die bislang skizzierte sehr allgemeine Perspektive bezieht sich auf den Westen, auf die moderne Gesellschaft in Westeuropa, Nordamerika, und wohl auch auf die Industriestaaten in Fernost. Ich denke, daß sie sich aber auch weitgehend auf die osteuropäischen postsozialistischen Gesellschaften bezieht, mit einigen Spezifika auch auf Rußland, weniger vielleicht auf die mittelasiatischen Staaten und den Fernen Osten. Zwar war die realsozialistische Wirtschaft der Versuch eines gegenmodernen Wirtschaftssystems, das eine planmäßige Steuerung wirtschaftlicher Entwicklung versuchte, dabei die an Innovativität gebundene Entwicklungsfähigkeit der Wirtschaft weitgehend verlor und schließlich die volkswirtschaftliche Substanz selbst verzehren mußte. Von daher folgt, daß die Zurückgewinnung wirtschaftlicher Entwicklungsfähigkeit nur möglich ist, wenn es zu einer Reinstitutionalisierung der wirtschaftlichen und politischen Formen moderner Gesellschaft kommt. Die Besonderheit der Transformationssituation besteht gerade darin, daß aus einer vom Westen deutlich verschiedenen Problemlage heraus trotzdem auf den Regulationstyp westlicher Wirtschaftssysteme zurückgegriffen werden muß. Dies sagt allerdings zunächst weder etwas über die Wege einer solchen Transformation noch folgt daraus, daß die Reinstitutionalisierung der Regulationssysteme moderner Gesellschaft als Einführung eines fordistischen Regulationssystems realisiert werden muß.

Als "Gegenmoderne" waren die realsozialistischen Wirtschafts- und Lebensweisen zugleich durch den Fordismus geprägt. Sie waren "Fordismus mit anderen, mit planwirtschaftlichen Mitteln"¹³. Ohne dies näher auszuführen, verweise ich auf die Industrialisierungsstrategien¹⁴ und auf die zwar nie erfüllte, aber als Erwartung immer dominante Bindung des Wirtschaftswachstums an wenigstens künftig wachsende Konsumtion. Zumindest der DDR und der CSSR wurde dies als "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" in bestimmtem Maße auch praktiziert.

Im Kontext der achtziger Jahre - der Perestroika-Zeit - hatten diese Feststellungen aber ganz andere Konsequenzen als heute. Damals stellte sich die Frage einer "geordneten" Reinstitutionalisierung der Bewegungsformen moderner Wirtschaft und Politik im Kontext eines zugleich notwendig werdenden Übergangs zu einem postfordistischen Industrie- und Regulationssystem im Westen. Die Frage für uns war also, ob und wie man Formen der Kapitalverwertung und Marktregulation einführen kann, ohne zugleich in die Einkommens- und Konsumdynamik westlicher Gesellschaften zu geraten, und ob es möglich ist, die Reinstitutionalisierung moderner Wirtschaftsregulation gleich auf eine neue Entwicklungslogik und einen anderen Wachstumstyp einzustellen. Das war eine Illusion, was wiederum nicht bedeutet, daß jedes Element dieser Idee illusionär war oder ist.

In der DDR hat sich die Reinstitutionalisierung moderner Wirtschafts- und Politikformen als Übernahme der westdeutschen Institutionen vollzogen, also der vielleicht konsequentesten Form sozialstaatlich organisierten Fordismus einschließlich all der Institutionen und Erwartungen, die umgebaut oder aufgegeben werden müßten, wenn man aus dem fordistischen Regulationstyp heraus will. Spielte in der Wende die Lösung der *ökologischen Probleme* und die Wiedergewinnung persönlicher *Selbstbestimmung* - nicht nur formaler Art - eine große Rolle, so geht es heute um das "Tempo der Einkommensangleichung" und um "Wahlbeteiligung". Lebensalternativen werden zwar praktiziert - z.B. in der "Szene" im Prenzlauer Berg - aber die Öffentlichkeit denkt nicht darüber nach, ob dies Sumpflüthen am Rande oder Zeichen für Neues sind. Aus der Perspektive des öffentlichen Diskurses scheint die Zukunft ganz und gar festzustehen - Angleichung der Lebensverhältnisse, Einkommen wie im Westen -, strittig sind nur Weg und Tempo.

Etwas anders sind die Konstellationen in den anderen Ländern, in Polen, Tschechien, Ungarn, Rußland usw. Diese Länder haben zwar den Vorteil größeren Gestaltungsspielraums hinsichtlich der Institutionen. Aber wie Wiesental¹⁵ ausführte, geht dieser Wandel viel langsamer und unter zum Teil großen Friktionen. Man muß wohl

¹³ Vgl. Katharina Bluhm: Vom gescheiterten zum nachholenden Fordismus. INITIAL 3/1991

¹⁴ Vgl. Land in: Brie; Böhlke; Rußland wieder im Dunkeln. Berlin 1992

¹⁵ Wiesental: Referat auf der Konferenz: Die postsozialistische Gesellschaft, Potsdam. Erscheint demnächst.

vermuten, daß der mangelnde wirtschaftliche Spielraum und der existentielle Druck keine günstigen Voraussetzungen für einen postfordistischen Wachstumstyp bieten. Von daher scheint die Idee utopisch, die postsozialistischen Gesellschaften könnten als das schwächste Glied der fordistischen Weltgesellschaft Vorreiter bei der Suche nach Neuem sein, die Übernahme der Institutionen des Westens im Osten könne zugleich deren Wandlung bedeuten. Ganz ausschließen will ich aber solche Gedanken nicht. Denn daß die Adaptation westlicher Institutionen deren Veränderung einschließt und einschließen muß, das ist nicht nur bekannt, sondern erfolgt längst praktisch. So zeigen sich sogenannte endogene Transformationspfade auf verschiedenen Gebieten, beispielsweise in der Landwirtschaft. Aber auch die Industrie und ihre Organisationsstruktur wird nach ihrer Rekonstruktionsphase eine andere sein als in Westdeutschland. Solche Unterschiede finden sich bei gleicher institutioneller Verfassung auch im Verhalten z.B. der Betriebsräte, der Tarifpartner usw.¹⁶ Da Adaptation auch Innovation bedeutet, kann man nicht ausschließen, daß hier auch solche Innovationen entstehen, die in das postfordistische Regulationsregime des 5. Kondratjew überleiten.

Zusammenfassung

Der Ausweg aus der Krise eines Wirtschaftssystems, das kein dem Produktivitätsfortschritt entsprechendes Wirtschaftswachstum mehr zustande bringt und daher zu einem sinkenden Angebot von Arbeitsplätzen in vielen Ländern führt, steht an sich im Widerspruch zu dem tatsächlichen Bedarf an Arbeit und an einem qualitativ anderen Wirtschaftswachstum, die für den ökologischen Umbau unserer Produktions- und Lebensweisen und zur Lösung der globalen Probleme erforderlich wären.

Die Unmöglichkeit, freigesetzte Arbeit und freigesetztes Kapital für diese neuen Entwicklungsrichtungen zu binden, liegt in der fordistischen Regulationsweise unserer Wirtschaft begründet und macht deren eigentliche Krise aus. Eine Mobilisierung derzeit unbeschäftigter Arbeit und freigesetzten Kapitals ist nur dann möglich, wenn die Rahmenbedingungen der Produktivitätsentwicklung und der Einkommensverteilung verändert werden. Das ist aber ausgeschlossen, solange wir nicht bereit sind, über die Entwicklungsrichtungen unserer Produktions- und Lebensweisen neu nachzudenken, Lebenssinn anders zu bestimmen und dementsprechend die Bedingungen der Wirtschaftsregulation und der Kapitalverwertung politisch neu zu definieren. Dies ist so lange ausgeschlossen, wie der Kampf um die Verteidigung alter Besitzstände - notfalls auf Kosten anderer - geführt wird, ein Kampf, bei dem die Schwä-

¹⁶ Vgl.: Gerhard Lehbruch: Der Staat des vereinigten Deutschland und die Transformationsdynamik der Schnittstellen von Staat und Wirtschaft in der ehemaligen DDR. In: BISS publik 10/1992 S. 21ff.

cheren zuerst verlieren, aber auch die Starken nur kurzfristig gewinnen können, weil die gemeinsamen Lebens- und Reproduktionsbedingungen auf Dauer untergraben werden.

Es gibt in der gegebenen Situation mehrere Möglichkeiten. Man kann versuchen, die fordistische Regulation zu stabilisieren. Das hieße, für einen quantitativ kleiner werdenden Teil gäbe es weiterhin hoch bezahlte Arbeitsplätze, hohes Konsumniveau - bei entsprechend hohen Leistungsanforderungen und geringen Möglichkeiten für Selbsttätigkeit. Für einen wachsenden Teil der Bevölkerung blieben nur Arbeitslosigkeit, Abfindung mit Sozialleistungen und geringe Chancen, aus dem eigenen Leben etwas Sinnvolles zu machen. Kapitalverwertung bleibt unter diesen Bedingungen an Kriterien der Produktivitätssteigerung durch Einsparung lebendiger Arbeit und Wachstum in Richtung von Konsumexpansion gebunden. Ökologie- und Sozialprogramme müssen sekundär bleiben, weil an staatliche Umverteilung aus Steuermitteln gebunden. Ihre Ausdehnung über ein bestimmtes Maß untergräbt die Funktionsweise der Markt- und Preisregulation und die soziale Organisation. Die ökologischen und sozialen Entwicklungsschranken sind auf diesem Wege nicht zu durchbrechen, der Anteil sozial integrierter gegen sozial desintegrierter Bevölkerungsgruppen wird nicht nur global, sondern auch in Westeuropa wachsen. Dieser Weg ist sinnvoll nur für eine kleiner werdende, aber immer noch sehr große soziale Mittelschicht der entwickelten westlichen Länder, und auch für diese nur so lange, wie eskalierende soziale Probleme die Stabilität der westlichen Gesellschaft nicht zerstören.

Eine zweite mögliche Tendenz ist ein kollektiver Verzicht auf das bisherige Entwicklungstempo, Bereitstellung größerer Mittel für Ökologie und eine solidarische Umverteilung zugunsten der sozial Schwachen und der Peripherien in der dritten Welt. Dieser Weg würde dann eingeschlagen, wenn weitgehende Arbeitszeitverkürzung bei Einkommensverzicht vor allem der sozial Bessergestellten die Spielräume für Ökologie- und Sozialprogramme über sekundäre staatliche Umverteilung wieder erhöhen. Grundsätzlich neue Entwicklungsrichtungen sind allein dadurch nicht zu erreichen, auch keine Überwindung der Arbeitslosigkeit. Aber der sozialen Destabilisierung durch Eskalation sozialer Unterschiede könnte entgegengewirkt werden. Und vielleicht wäre eine solche Strategie auch der Einstieg in eine weitergehende qualitative Umwälzung.

Der qualitative Umbau der Wirtschafts- und Lebensweisen moderner Gesellschaft als weitergehende Alternative ist aber denkbar. Man kann versuchen, sich vorzustellen, daß die Rahmenbedingungen wirtschaftlicher Tätigkeit so verändert werden, daß

ökologische Produktion selbst als wirtschaftliches Wachstum erscheint. Dazu wäre *erstens* ein Verteilungsmechanismus erforderlich, der die Ergebnisse der Produktivitätsentwicklung nicht als Zuwachs an lohnvermittelter Konsumtion einerseits und reinvestierbarem Kapitalgewinn andererseits verteilt, sondern in relevanter Größenordnung in ökologischen Fonds für den Umbau der Industrie einerseits und der gemeinschaftlichen Lebenswelten der Individuen andererseits. Dann jedenfalls wären arbeitsplatzschaffende Investitionen möglich, die nicht mehr an die Rentabilitätsbedingungen einer fordistisch organisierten kapitalistischen Produktionsweise, sondern an ökologische Wachstumskriterien gebunden sein könnten und die sich auch in entsprechenden primären Markt- und Preisimpulsen niederschlagen würden. *Zweitens*: Gemeinschaftlich und öffentlich verwaltete Ökofonds in Betrieben, Kommunen und Regionen, von öffentlichen Gesellschaften der Unternehmer und der Arbeiter betrieben, aber als reproduzierbare Kapitalfonds gestaltet, wären eine Alternative zur sekundären Umverteilung über staatliche Fonds. Ökologischer Umbau würde nicht als Abzug vom wirtschaftlichen Wachstum und als produktivitätsmindernd erscheinen, sondern als Wachstumfeld für neue Arbeitsplätze in der Wirtschaft selbst. Ökologie wäre produktive Arbeit und im Reproduktionszusammenhang als produktive und kapitalverwertende Arbeit organisiert. Voraussetzung ist *drittens* eine Neubestimmung von Lebenssinn: An die Stelle der Konsumexpansion würde ein partizipatorisch gestaltetes Feld ökologischer und sozialer Umgestaltung der eigenen Lebensweisen treten. Verbunden mit flexiblen und verkürzten Arbeitszeiten, neuen kombinierten Einkommensmodellen mit Grundeinkommensanteilen und mit inhaltvollem Ausbau der Selbsttätigkeit in den Lebensweisen der Individuen, könnte man sich ein Regulationsregime denken, das den Fordismus ablöst und auf Zeit Bedingungen neuer wirtschaftlicher wie gesellschaftlicher Entwicklung schafft, weil es Wachstum durch die Lösung existentiell gewordener Menschheitsprobleme erreicht. Nur so ist es möglich, daß Arbeit - die immerwährende Existenzgrundlage der Menschheit - auch wieder zur Existenzbedingung der Mehrzahl ihrer Individuen wird.

Über Wege und Ausgestaltung solcher Alternativen gibt es noch kein sicheres Wissen, es müßte in einem historischen Prozeß erst erarbeitet und erprobt werden. Vor allem aber müssen die Bereitschaft zur Suche nach solchen Lösungen und die Preisgabe nicht zukunftsfähiger Besitzstände in einem gesellschaftlichen Diskurs erstritten werden. Aufgabe der Politik wäre, sich dafür zu öffnen.